



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 11. November 2022 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

diese Sitzungswoche war ein großer Spiegel der außen- wie innenpolitisch bewegten Zeiten. Mit Abstand die meisten Zuschriften haben mich aus der Zivilbevölkerung sowie von Freiheitsaktivisten erreicht, deren Anliegen ich aus voller Überzeugung unterstütze: Die Freiheitsbewegung im Iran. Der Iran wird von einer illiberalen und menschenverachtenden Unterdrückungsregierung beherrscht, die sich spätestens mit ihrem neuerlichen Parlamentsbeschluss mit Aufforderung zur Exekution von inhaftierten Protestierenden demaskiert hat. Angesichts dieser Brutalität, mit der das iranische Regime die Zivilbevölkerung überzieht, ist es an uns, einer entschiedenen Unterstützung der Menschen im Iran und unserer Solidarität Ausdruck zu verleihen. Angesichts des menschenverachtenden Vorgehens dieses Regimes kann es kein Weiter-so geben. Insofern sind zusätzliche Sanktionen gegenüber der iranischen Regierung angezeigt und bedürfen eines gesamteuropäischen Vorgehens. Meines Erachtens muss auch mit Blick auf das Atomabkommen eine strategische Revision erfolgen. Dieses Abkommen hatte seine Berechtigung zum damaligen Zeitpunkt, es war auch ein Anknüpfungspunkt der Hoffnung von Iranerinnen und Iraner einer Öffnung ihres Landes. Aber spätestens mit dem

Scheitern jedweder Reformbemühungen sowie den Bevölkerungsprotesten haben sich die Umstände verändert. Darauf muss die deutsche Außenpolitik auch eine veränderte Antwort geben, da uns ansonsten ein Nordstream 2 - Moment unserer Nahostpolitik droht. Bei alledem stellen sich aber wieder einmal dieselben Fragen: Wo sind der Bundeskanzler und sein entschiedenes Statement, dass wir an der Seite der unterdrückten Menschen im Iran stehen? Für mich ist es ein äußerst kritikwürdiger Vorgang, dass der Kanzler sich erst nach sieben langen Wochen durchringen konnte, die Gewalt der Sicherheitskräfte in einem Tweet zu verurteilen. Darüber hinaus haben in dieser Woche die international mit großer Spannung verfolgten Midterm elections in den Vereinigten Staaten stattgefunden. Die von viele Beobachtern befürchte „rote Welle“, eine Metapher für eine republikanische (Parteifarbe: Rot) Siegesserie ist indessen ausgeblieben.

Im Bundestag hat uns aber auch innenpolitisch einiges beschäftigt: Änderung des Atomgesetzes, Wahlwiederholung der vergangenen Bundestagswahl in Berliner Wahlbezirken sowie der Radikalisierung eines Teils der Klimaprotestbewegung.

Herzliche Grüße aus dieser Woche des 33. Jahrestages des Mauerfalls.

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Bürgergeld-Gesetz der Ampel setzt die falschen Anreize.
- Atomkraft-Verlängerung geht nicht weit genug.
- Radikalisierung der Klimaproteste – Strafrechtsänderungen erforderlich.

Das Ampel-Bürgergeld beendet den Grundsatz „Fördern und Fordern“

Das Niveau der staatlichen Absicherung für Lebenskrisen in Deutschland bewegt sich im Weltvergleich im Spitzenbereich. Dies ist Ausdruck unseres leistungsstarken Sozialstaates und unserer sozialmarktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zugleich: Die Schaffenskraft und die Leistung der Menschen steht im Vordergrund, während wir ein hohes Sicherheitsnetz für Menschen in Ausnahmefällen haben. Die Arbeitsmarktreformen zu Beginn der Nuller-Jahre haben ein ausgewogenes System des Förderns und Forderns etabliert, welches im Lichte der ökonomischen Entwicklung stetig fortentwickelt wurde. Durch das Bürgergeld-Gesetz der Ampel-Regierung, erstaunlicherweise unter Beteiligung der ansonsten wirtschafts- und arbeitsmarktorientierten FDP, wurde dieses System nun zerschellt. Entgegen unserem Vorschlag, die Hartz-4-Regelsätze für die besonders hart von der Inflation betroffenen Menschen zügig zu erhöhen, hat die Ampel-Koalition ihr Bürgergeld-Gesetz in dieser Woche durchgepeitscht und riskiert ein langwieriges Vermittlungsverfahren. Denn angesichts der Gesamtsystematik des Ampel-Bürgergelds ist heute schon absehbar, dass es voraussichtlich ein Fall

für den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat werden wird.

Standpunkte: Das Bürgergeld setzt die falschen Anreize und verschlimmert die angespannte Situation am Arbeitsmarkt zusätzlich. Mir ist völlig unverständlich, wie sich eine im eigenen Selbstverständnis als wirtschafts- und arbeitsmarktkundig sehende FDP einem solchen Vorhaben so kritik- und bedenkenlos anschließen kann. Dass im Rahmen der öffentlichen Anhörung, die in dieser Woche zu dem Bürgergeld-Gesetz erfolgte, die Ampel-Parteien dem Bundesrechnungshof den Zugang verwehrten, ist ein Offenbarungseid. Es verdeutlicht: Die Ampel hat den berechtigten Einwänden der ökonomischen Fehlanreize kaum Argumente entgegenzusetzen und muss daher einen Weg wählen, ihre Kritiker vom Diskursverfahren auszuschließen. Diesem Vorgang war schließlich ein kritisches Gutachten vorangegangen, in dem der Bundesrechnungshof bemängelte, dass die Regierung mit dem Bürgergeld die Anrechnung des Vermögens von Grundsicherungsempfängern weiter lockern und Pflichtverstöße kaum noch ahnden will. Klar ist: Wer keine Arbeit hat, benötigt in dieser besonderen Lebenssituation staatliche Hilfestellung. Wer den Sozialstaat mit seinen Steuern und Beiträgen erst möglich macht, erwartet, dass diese Hilfen gezielt und wirksam den zugutekommen, die der Hilfe bedürfen. An diesem Zusammenspiel des arbeitsmarktpolitischen Gesellschaftsvertrags wird jetzt durch die Ampel gerüttelt. •

Klimaschutz ist Menschheitsaufgabe, aber kein Freibrief für Straftäter.

Die Bilanz der radikalisierten Klimaproteste durch straffällige Aktivisten der „Letzten Generation“ ist erschreckend: Historische Kunstwerke von überragendem Wert wurden mutwillig beschädigt und damit unser nationales Kulturgut und auch Weltkulturerbe absichtlich angegriffen. Straßen wurden blockiert und Rettungskräfte bei der Bergung von Verletzten behindert. Seit Februar wurden 18 Rettungsfahrzeuge im Einsatz behindert, während die Polizei gezwungen war, aufgrund der Blockaden 130.000 zusätzliche Einsatzstunden zu leisten. Die Beispiele der letzten Wochen haben gezeigt, dass der Klimaprotest immer radikaler geworden ist. Hierbei ist die Grenze der legitimen Inanspruchnahme des Demonstrationsgrundrechts überschritten. Unser Antrag im Bundestag: Der Rechtsstaat muss dem klare Antworten entgegensetzen.

Standpunkt: Ich finde es hoch bedauerlich, dass die radikalen Aktivisten eine Handlungsform gewählt haben, die der Größe und Dringlichkeit der Menschheitsherausforderung des Klimawandels einen Bärendienst erweist. Klimaschutz bleibt die zentrale Aufgabe der nationalen und globalen Politik des 21. Jahrhunderts, aber dieser Herausforderung ist nicht durch kriminelle Straßenblockaden und Museumsrandale. •

Atomgesetz-Änderung ist ein halbherziges energiepolitisches Stückwerk.

Einige Tage nach der als „Kanzler-Machtwort“ bezeichneten Ausübung der Richtlinienkompetenz, mit dem der Bundeskanzler angewiesen hat, die gesetzlichen Grundlagen für einen befristeten Weiterbetrieb der am Netz befindlichen Atomkraftwerke zu schaffen, lag uns in dieser Woche das Ergebnis vor. Es ist unzureichend und hat daher nicht unsere Zustimmung erfahren, denn wir halten die befristete Verlängerung des Betriebs der drei Atomkraftwerke Isar 2 in Bayern, Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg sowie Emsland in Niedersachsen bis maximal zum 15. April 2023 für unzureichend.

Standpunkt: Wir befinden uns inmitten einer Energiekrise, die durch Putins Angriffskrieg in der Ukraine ausgelöst wurde und zu einer Verknappung und Teuerung von Gas und Strom geführt hat. Die Devise einer klugen Energiepolitik muss daher lauten: Jede Kilowattstunde zählt. Wir brauchen eine verlässliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen. Dafür müssen wir in Deutschland jetzt alle Möglichkeiten nutzen, um Energie zu produzieren. Das gilt nicht nur heute oder morgen – das gilt auch im Winter 2023/24. Genau dem würde eine längere Übergangszeit der Kernkraft entsprechen. Mit ihr würden Gaskraftwerke klimafreundlich länger entlastet und mehr Gaskönnte als Heizenergie genutzt werden.

Lage in der Demokratischen Republik Kongo Thema im Auswärtigen Ausschuss

Neben den internationalen Krisen und Konflikten, die deutlich im Fokus der Medienöffentlichkeit stattfinden, haben wir in dieser Woche im Auswärtigen Ausschuss einen „vergessenen Konflikt“ zum Thema gehabt: Die Lage in der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in der Provinz Nord-Kivu im Osten des Landes. Trotz eines reichen Segens an Bodenschätzen gehört das Land zu den ärmsten – und gleichzeitig konfliktreichsten – der Welt. Über 100 paramilitärische Gruppen kämpfen mit der Zentralregierung um Macht und Einfluss im Land und verursachen eine verheerende humanitäre Katastrophe.

Der Bericht der Bundesregierung zur Lage zeichnete ein schwieriges Bild von der Lage. Als Berichterstatter für das Land habe ich in der Vergangenheit oft mit Vertreterinnen und Vertretern des Landes gesprochen. Gerade weil der Kongo ein schwieriges Kolonialerbe hat, hoffe ich, dass die nun von Kenia angestoßene Eingreiftruppe der East African Community (eines lokalen Staatenbundes) ein Schritt zu mehr Stabilität und Entspannung der humanitären Lage bedeutet. •

Austausch mit einer südostasiatischen Delegation

Am Rande der Sitzungswoche konnte ich mit Sicherheitsexpertinnen und -experten aus dem südostasiatischen Raum zusammentreffen, die auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin zu Gast waren. Zentrales Thema war das zunehmende Vormachtstreben der Volksrepublik China in der Region, durch das sich viele Länder bedroht fühlen. Aber auch Deutschlands Rolle in der dortigen Region und die Rückschlüsse, die beide Seiten – die Staaten der EU und des dortigen ASEAN-Staatenbundes – auf den seit Februar anhaltenden Angriffskrieg Russlands in der Ukraine ziehen sollten, waren im Fokus der Gespräche.

In meiner politischen Entscheidungsfindung haben diese Gespräche eine große Bedeutung: Gerade der Blick von außen ermöglicht oftmals eine objektivere Bewertung der Lage. Für mich ist dabei klar: Eine engere Zusammenarbeit mit den Staaten Südasiens – vorzugsweise auf transnationaler Ebene zwischen EU und ASEAN – muss noch stärker vorangetrieben werden. •

Willkommene Abwechslung mit Begegnungen aus dem Wahlkreis

Eine willkommene Abwechslung vom Sitzungsalltag sind die Begegnungen aus dem Wahlkreis. Diese Woche durfte ich eine 30-köpfige Besuchergruppe der Senioren Union Hochtaunus willkommen heißen. Neben dem obligatorischen Besuch einer Plenarsitzung und dem Panoramablick auf die Hauptstadt vom Dach des Reichstags stand ich den Damen und Herren Rede und Antwort.



Ich hoffe, dass ich allen Teilnehmenden einen guten Eindruck von meiner politischen Arbeit vermitteln konnte und sie viele bleibende Erinnerungen an diese Fahrt mitnehmen. •

Auf nach Down Under!

Am Ende einer ereignisreichen Sitzungswoche geht es für mich nicht wie gewohnt in den heimischen Wahlkreis zurück, sondern im wahrsten Sinne des Wortes ans

andere Ende der Welt: Im Rahmen einer Mandatsreise reise ich gemeinsam mit einigen Kollegen für eine Woche nach Australien. In Sydney und der australischen Hauptstadt Canberra habe ich die Gelegenheit mit spannenden Gesprächspartnern aus Politik und Wissenschaft ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen einer Sicherheitskonferenz in Canberra werde ich zum Thema „Sicherheit im Indopazifik“ auf dem Podium sitzen.

Auch wenn die touristischen Highlights Australiens im Rahmen dieser Reise definitiv zu kurz kommen, freue ich mich schon jetzt darauf, Ihnen von den Gesprächen und den Eindrücken dieser Reise bald berichten zu dürfen. •